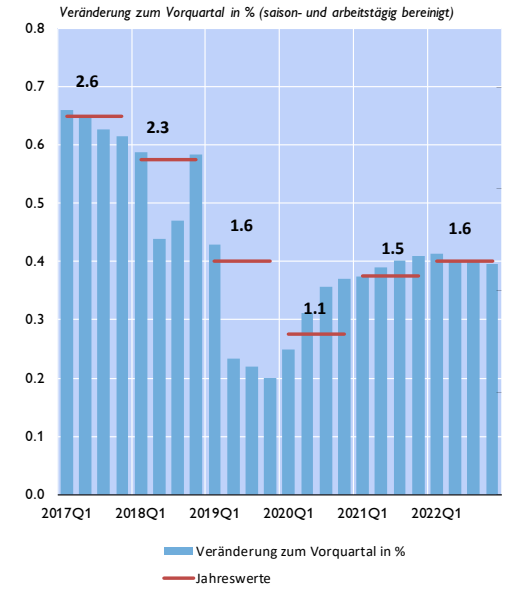
Österreich: Schwacher Welthandel trübt Konjunkturausblick in Österreich[5]

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2019 bis 2022 vom Dezember 2019

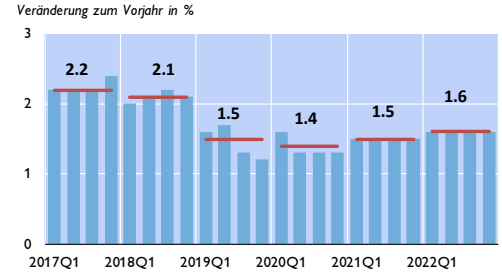
Im Sog der internationalen Konjunkturabkühlung schwächt sich auch das Wirtschaftswachstum in Österreich deutlich ab. Die exponierten Sektoren sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Das Exportwachstum lässt deutlich nach und die heimische Industrie befindet sich seit Jahresmitte 2019 in einer Rezession. Die heimische Nachfrage – insbesondere die Konsumnachfrage und der florierende Bausektor – wirkt einer stärkeren Konjunkturabschwächung entgegen. Aufgrund eines robusten Wachstums zu Jahresbeginn erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für das Gesamtjahr 2019 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6%. Für 2020 wird jedoch eine Abschwächung auf 1,0% prognostiziert. Dies bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber der Prognose vom Juni 2019 um 0,5 Prozentpunkte. Mit der unterstellten schrittweisen Erholung der Weltwirtschaft wird sich in den Folgejahren auch das Wachstum in Österreich wieder auf rund 1½% beschleunigen. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition steigt konjunkturbedingt von 4,6% im Jahr 2019 auf 4,8% im Jahr 2021. Die HVPI-Inflation wird bei einem leicht ansteigenden Trend im Prognosehorizont bei durchschnittlich 1,5% liegen. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo wird in den Jahren 2019 bis 2022 einen Überschuss aufweisen. Die Schuldenquote wird ausgehend von 74,0% des BIP im Jahr 2018 auf 62,8% des BIP im Jahr 2022 sinken. Bis zur Bildung einer neuen Regierung ist die Budgetprognose jedoch mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Die Risiken der vorliegenden Konjunkturprognose sind mehrheitlich nach unten gerichtet.

Hauptergebnisse der Prognose

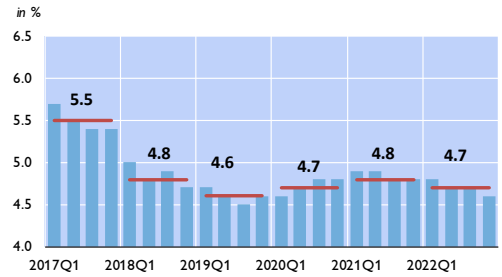
Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



Arbeitslosenquote



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Dezember 2018.

[5] Autoren: Martin Schneider und Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Die Weltwirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2019 deutlich an Schwung verloren. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe ist das Wachstum deutlich zurückgegangen. Die zyklische Abschwächung der globalen Industrieproduktion wird durch eine Reihe weiterer Faktoren verstärkt. Dabei sind in erster Linie die von den USA ausgehenden handelspolitischen Konflikte vor allem mit China, die Unsicherheiten in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie die Probleme der Automobilindustrie im Zusammenhang mit der Einhaltung der Klimaziele und dem Übergang zur Elektromobilität zu nennen. Letzteres hat maßgeblich zu einer bereits länger anhaltenden Rezession der deutschen Industrie beigetragen. Die dämpfenden Faktoren werden sich nur langsam zurückbilden. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum durchschnittlich nur knapp mehr als 3% pro Jahr betragen.

Der von der globalen Industrieschwäche überaus stark betroffene Welthandel verringerte sich im ersten Halbjahr 2019. Für den Prognosezeitraum mussten die Wachstumsaussichten für den Außenhandel in allen großen Ländern und Regionen deutlich zurückgenommen werden. Auch die im Vergleich zum Euroraum überdurchschnittlich wachsenden CESEE-Staaten können sich nicht von der weltweiten Entwicklung entkoppeln. Im Jahr 2019 wird der Welthandel nahezu stagnieren und erst am Ende des Prognosehorizonts wieder ähnlich stark wachsen wie die Weltwirtschaft.

In den exponierten Sektoren der österreichischen Wirtschaft sind die Folgen des globalen Nachfragerückgangs bereits deutlich zu beobachten. Die nominellen Güterexporte verzeichneten in den letzten Monaten kaum noch Zuwächse und die Vorlaufindikatoren signalisieren für die nächsten Monate keine Trendwende. Das Wachstum der realen Exporte wird sich daher heuer deutlich verlangsamen und im Jahr 2020 mit +1,7% den Tiefpunkt erreichen. In der exportorientierten Industrie drehte das Wachstum zur Jahresmitte 2019 ins Minus. Damit ging eine seit 2015 anhaltende Hochkonjunkturphase recht abrupt zu Ende. Im Zuge der aktuellen Industrierezession ist auch der lange und ausgeprägte Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen ausgelaufen. Die Unternehmen erhöhten ihre Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 2019 nicht weiter. Die Kapazitätsauslastung ist im vierten Quartal auf 85,3% gesunken und liegt damit knapp unter dem langjährigen Durchschnitt. Für das Gesamtjahr 2020 wird sich daher nur ein schwaches Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von +0,3% ergeben. Mit der erwarteten Erholung des Welthandels und den damit steigenden Absatzerwartungen der exportorientierten Industrie werden die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 wieder um bis zu 1½ % wachsen. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sind dabei eine wichtige Stütze.

Die binnenwirtschaftlich orientierten Branchen der österreichischen Wirtschaft profitieren von der stabilen Konsumnachfrage und dem florierenden Bausektor. Sie wirken einer stärkeren Konjunkturabschwächung entgegen. Im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen blieb die Wachstumsdynamik der Wohnbauinvestitionen auch im bisherigen Jahresverlauf 2019 hoch. Für das Gesamtjahr 2019 wird ein Anstieg der Wohnbauinvestitionen um 4,0% erwartet, der sich aber in den Folgejahren angesichts eines Rückgangs bei Baubewilligungen etwas abschwächen wird. Neben dem Bausektor gehen auch vom privaten Konsum – basierend auf stabil wachsenden Haushaltseinkommen – wichtige Wachstumsimpulse aus. Das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte wird zwar konjunkturbedingt zurückgehen. Jedoch stützen die verzögerten Effekte des Familienbonus-Plus und die vom Nationalrat im Juli und September beschlossenen Maßnahmen die Haushaltseinkommen insbesondere im Jahr 2020. Von den zuletzt genannten Maßnahmen profitieren mehrheitlich Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen und hoher marginaler Konsumneigung. Positiv auf die Realeinkommensentwicklung wirkt auch die

vergleichsweise niedrige Inflation. Die HVPI-Inflation wird bei einem leicht ansteigenden Trend im Prognosehorizont bei durchschnittlich 1,5% liegen.

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2019 für Österreich1

	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Wirtschaftliche Aktivität					
Bruttoinlandsprodukt	+2.3	+1.6	+1.1	+1.5	+1.6
Privater Konsum	+1.1	+1.2	+1.3	+1.3	+1.4
Öffentlicher Konsum	+0.7	+0.1	+1.1	+1.0	+1.0
Bruttoanlageinvestitionen	+4.2	+2.9	+1.0	+1.3	+1.5
Exporte insgesamt	+5.9	+3.1	+1.7	+2.8	+2.9
Importe insgesamt	+4.3	+3.4	+1.8	+2.4	+2.5
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	2.3	2.2	2.3	2.5	2.9
	in Prozentpunkten				
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP [2]					
Privater Konsum	+0.3	+0.4	+0.4	+0.4	+0.5
Öffentlicher Konsum	+0.1	+0.0	+0.2	+0.2	+0.2
Bruttoanlageinvestitionen	+0.5	+0.3	+0.1	+0.2	+0.2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+0.9	+0.7	+0.7	+0.7	+0.9
Exporte	+1.6	+0.8	+0.4	+0.7	+0.8
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0.3	+0.0	+0.0	+0.0	+0.0
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Preise					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+2.1	+1.5	+1.4	+1.5	+1.6
Deflator des privaten Konsums	+2.1	+1.7	+1.5	+1.5	+1.6
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1.6	+1.8	+1.6	+1.5	+1.7
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+2.3	+2.4	+1.7	+1.2	+1.5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2.8	+2.8	+2.1	+2.1	+2.3
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+2.9	+2.9	+2.3	+2.0	+2.2
Importpreise	+2.2	+0.7	+1.6	+1.8	+1.7
Exportpreise	+1.5	+0.6	+1.7	+1.8	+1.8
Terms of Trade	-0.7	-0.1	+0.2	+0.0	+0.1
Einkommen und Sparen					
Real verfügbares Haushaltseinkommen	+1.4	+1.1	+1.7	+1.3	+1.3
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	7.7	7.5	7.8	7.8	7.6
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Unselbstständig Beschäftigte	+2.2	+1.5	+0.9	+0.9	+1.0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+2.1	+1.4	+0.7	+1.0	+1.1
	in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4.8	4.6	4.7	4.8	4.7
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*				
Budgetsaldo	+0.2	0.5	+0.3	+0.3	+0.7
Schuldenstand	74.0	70.4	68.0	65.8	63.2

Quelle: 2018: WIFO, Eurostat, Statistik Austria; 2019 bis 2022: OeNB-Prognose vom Dezember 2019.

[1] *Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt („Trend-Konjunktur-Komponente", Stand: Schnellschätzung für Q3 19). Sie weichen von den seit der Umstellung auf ESVG 2010 im Herbst 2014 von Eurostat publizierten Quartalsreihen in ihrer Saisonbereinigungsmethode ab. Die von Eurostat publizierten Daten sind weitaus volatiler und ökonomisch teilweise nicht zu interpretieren. Die Werte für das Jahr 2018 weichen auch von den von Statistik Austria publizierten, nicht saisonbereinigten Daten ab.*

Im Gegensatz zur Entwicklung in den vergangenen Jahren verbessert sich die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum nicht mehr weiter. Das Beschäftigungswachstum geht auf rund 1% zurück, während der Anstieg des Arbeitskräfteangebots ungebrochen hoch bleibt. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition steigt daher von 4,6% im Jahr 2019 auf 4,8% im Jahr 2021. Erst für das Jahr 2022 wird mit einem minimalen Rückgang auf 4,7% gerechnet.

Nach dem im Jahr 2018 – erstmalig seit den 1970-er Jahren – erzielten Budgetüberschuss wird sich der gesamtstaatliche Budgetsaldo im Jahr 2019 weiter auf etwa 0,5% des BIP verbessern. Diese Entwicklung ist vor allem dem steuerlich ertragreichen Umfeld geschuldet (insbesondere der sehr guten Arbeitsmarktentwicklung). Zudem setzt sich der rückläufige Trend der Zinsausgaben zumindest bis 2022 fort, da die bis zu diesem Jahr auslaufenden Bundesanleihen relativ hoch verzinst sind. Allerdings kommt es infolge der Abkühlung der Konjunktur und des Inkrafttretens neuer expansiv wirkender Fiskalmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 zu einer geringfügigen Verschlechterung des Budgetsaldos auf jeweils etwa 0,3% des BIP. Die bessere gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie das Ausbleiben weiterer diskretionärer Maßnahmen führt im Jahr 2022 zu einer deutlichen Verbesserung auf 0,7% des BIP. Diese Projektion des gesamtstaatlichen Budgetsaldos basiert auf einer „no-policy-change"-Annahme. Durch das höhere Potenzialwachstum gegenüber den frühen 2010er-Jahren sowie den starken Abwärtstrend bei den Zinsausgaben entsteht (ausgehend vom derzeitigen strukturellen Haushaltsziel von -0,5% des BIP) für den Staat bis 2022 ein beträchtlicher Spielraum für weitere diskretionäre Maßnahmen. Die Schuldenquote wird bis 2022 auf etwa 63% des BIP sinken. Das ist das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten.